

Vor Eintritt in die Diskussion zu den verschiedenen den Haushalt betreffenden Punkten, erteilte die Vorsitzende Ltd. KVD Allroggen das Wort, der den anstehenden Beratungen einige allgemeine Bemerkungen zur Haushaltssituation vorausschickte.

Ltd. KVD Allroggen wies darauf hin, dass im Jahr 2009 Kostensteigerungen bei den gesetzlichen Leistungen auf den Bereich „Soziales“ zukommen werden. Es handele sich im Wesentlichen um 3 Bereiche, namentlich Eingliederungshilfe sowie Hilfe zur Pflege aus dem Pflichtleistungsbereich des SGB XII und Kosten der Unterkunft und Heizung aus dem Bereich der Pflichtleistungen des SGB II.

Eingliederungshilfe:

Hierzu führte Ltd. KVD Allroggen aus, dass die Sozialhilfeausgaben im Land im Jahre 2007 5 Milliarden € betragen hätten, davon seien 3 Milliarden auf Eingliederungshilfeleistungen entfallen. Auch wenn Hauptkostenträger der Eingliederungshilfe in der Region der Landschaftsverband Rheinland als überörtlicher Sozialhilfeträger sei, so schlugen diese Kosten durch die Landschaftsumlage auch auf die Kreise und kreisfreien Städte durch. Da auf diesem Sektor zukünftig weitere Steigerungen zu erwarten seien, müsse sich auch der Kreis auf höhere Belastungen einstellen.

Hilfe zur Pflege:

In diesem Bereich werde mit einer Verdopplung der Kosten für den Kreis auf rund 40 Millionen € bis zum Jahr 2020 gerechnet. Da es hierbei um Pflichtleistungen handele, würde eine derartige Kostenexplosion massive Auswirkungen auf den Kreishaushalt haben und den Handlungsspielraum extrem einschränken. Seitens der Gemeindeprüfungsanstalt sei daher gefordert worden, dieser Entwicklung entgegen zu steuern. Ltd. KVD Allroggen wies darauf hin, dass erste Lösungsansätze bereits durch die Überlegungen zum Case-Management ergänzt durch lokale Angebote der Kommunen entwickelt und abgestimmt worden seien. Hieran müsse mit aller Konsequenz zur Verwirklichung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ weitergearbeitet werden.

Kosten der Unterkunft und Heizung

Im Bereich SGB II sei zuletzt ein Rückgang der Fallzahlen zu registrieren gewesen. Da die Mietnebenkosten und insbesondere Heizkosten wegen der gestiegenen Energiepreise pro Fall aber gestiegen seien, habe der Kreis als Träger der Unterkunfts- und Heizkosten von sinkenden Fallzahlen bedauerlicher Weise nicht im erhofften Umfang profitieren können. Aufgrund der allgemeinen Entwicklung auf den Finanzmärkten und den unmittelbaren Auswirkungen auf die Wirtschaft werde für 2009 mit steigenden Arbeitslosenzahlen gerechnet. Damit sei eine Kostenreduzierung bei den Unterkunfts- und Heizkosten nicht zu erreichen, zumal die Bundeserstattung zu den Unterkunfts-kosten auch verringert werde.

Das Land werde die Wohngeldentlastung von 303 Millionen auf 283 Millionen absenken.

Fazit dieser bedauerlichen Entwicklung sei, dass die lokalen Spielräume für Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der freiwilligen Leistungen immer geringer würden.

Die Vorsitzende dankte Ltd. KVD Allroggen für die Hinweise und versicherte, der Ausschuss werde die vorliegenden Anträge unter diesem Aspekt diskutieren.